

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bezugshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2,30 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach Dresden Nr. 15 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-21, Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 M., für Familienanzeigen 0,20 M., für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 M., Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 17. November 1928

Nummer 269

## Die Panzerkreuzerkoalition gerettet!

### Sozialdemokratisches Vertrauensvotum für den Hundsfott-General Groener

Berlin, 16. November. (Eig. Drahtbericht.)

Nach Abschluß der Debatte über den Panzerkreuzerbau wurde bei der Abstimmung der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Baues mit 255 gegen 203 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten. Stimmenthaltung hat die Deutsche Bauernpartei geübt. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und der Christlichnationalen Bauernpartei abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener wurde in namentlicher Abstimmung mit 392 gegen 62 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion, einschließlich der „Linken“, bekundete mit dieser Abstimmung ihr vollstes Vertrauen zu dem Hundsfottgeneral Groener. Die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen Groener durch die SPD ist eine neue Bestätigung für die Bereitschaft der Sozialdemokratischen Partei, die Rüstungspolitik des neudeutschen Imperialismus durchzuführen.

## Das Ende der SPD-Komödie

Berlin, den 16. November.

Wiso der Panzerkreuzer wird gebaut! Das ist der Exzess der zwölftägigen Reichstagsdebatte über den Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues. Wohl niemand ist überrascht über den Ausgang der Abstimmung. Nicht einmal die Sozialdemokraten, die genau wußten, wie die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse lagen und geradezu Gebete zum Himmel landeten, damit nicht Demokraten und ein Teil des Zentrums doch noch im letzten Augenblick ihrem Antrag die Stimme gaben. Auch die Bourgeoisie wußte, was es mit dem Antrag der Sozialdemokraten auf sich hatte und nannte ihn beim rechten Namen: elende Heuschrecke. Die beiden sozialdemokratischen Redner, Weis und Breitscheid, legten ihre Kräfte darauf an, diese Vorwürfe der Heuschrecke zu entkräften. Doch bei jedem belächelten Versuch lauchte das ganze Haus. Der Jurist des Genossen Hillein: „Ihr Sozialdemokraten wollt euch gern vergewaltigen lassen!“ traf den Nagel auf den Kopf. Und weil die Bourgeoisie ihre Vappenhelmer fecht, weiß sie weiß, daß aus der Pöbe zum Regieren die Sozialdemokraten zu allen Schandthaten fähig sind, sprachen die Redner der bürgerlichen Parteien offen, und kündigten auch an, was für neue Schandthaten in Zukunft die Sozialdemokraten mit durchführen müssen: die Bourgeoisie will nicht nur einen Panzerkreuzer, sie will die Wehrhaftmachung des ganzen Volkes, sie will ein Programm aufstellen zur technischen und ideologischen Mobilisierung für den kommenden Krieg. Und was antworten die Sozialdemokraten auf diesen Befehl? Aus dem Munde Breitscheids konnte man es hören, daß auch er für die Ausübung der Möglichkeiten zur Ausführung der Verfallener Friedensvertrag offen läßt, eintritt. Aus dem Munde des Herrn Weis konnte man hören, daß er keinen Kampf gegen die Marine, sondern um die Marine führt. Das hat also die Sozialdemokratie grundsätzlich entschieden, und eine Einheitsfront vom Basistisen über bis zum wütendsten Nationalsozialisten Dr. Goebbels ist geschaffen. Da hat Groener gut lachen! Aus seiner Rede sprach das Machtbewußtsein der deutschen Militärs, sprach auch der Geist der Eugenbergs, Thälmanns und Rißners, die zur Unterstützung ihres Wirtschaftstemples der militärischen Machtinstrumente bedürfen.

Zwei wichtige Debatten liefen in dieser Woche vor dem Reichstag. Die erste über die Ruhsuspension. Sie zeigte die Einheitsfront von Sozialdemokraten bis zu den Christlichnationalen, die geschlossen der Regierung des Traktatkapitals das Vertrauen aussprachen, derselben Regierung, die bis heute zur Frage der Unterstützung der Ausgesperrten noch keine Stellung genommen hat. Diese Regierung hat als Motto im Kampf der Metallindustriellen gegen die Ruhrarbeiter das Wort: Paßt die Protesten aus! Und die zweite Debatte, die über den Panzerkreuzer, hängt eng zusammen mit der ersten im Interesse des Unternehmertums: im Interesse des gesicherten Profits stellt sich die Regierung offen auf die Seite der Unternehmer, billigt sie den Angriff auf die Lebenshaltungskosten aller Werktätigen. Mit dem Beschluß in geschlossener Front auf Bau des Panzerkreuzers (wie jämmerlich sind doch die pazifistischen Demokraten und christlichen Zentrumsköpfe zusammengelappt!) legt jetzt die Wera des offenen Wettzähens ein. Kann doch der alte Kaiserliche von Brünninghaus, Mitglied einer Partei, die den Außenminister stellt, das Kaiserliche Wort neuprägen: Macht geht vor Recht!

Auch die Frage, gegen wen der kommende Krieg gehen soll, blieb nicht unbeantwortet. Mit keiner Silbe sprach man von einer Gefahr im Westen, sondern der Christlichnationalen, der Volksparteier bis zum Sozialdemokraten Weis forderten den

Schutz der Ostgrenze und sprachen unumwunden von der Kriegsgelahr durch Sowjetrußland. Auch Groener, als verantwortlicher Minister, der sich seiner Worte besonders bewußt sein mußte, machte kein Hehl daraus, daß die Kriegserklärungen gegen Sowjetrußland geschaffen werden.

Die Situation ist also klar gestellt. Klar auch für alle sozialdemokratischen Arbeiter, die Hoffnung hatten, auf ihre Reichstagsfraktion. Wer jetzt noch nicht sieht, dem sollte die Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen Groener endgültig die Augen geöffnet haben. Der gesamte Reichstag, von den Linken Sozialdemokraten bis zur äußersten Rechten, gab als Antwort auf seine Kriegsspreche ausdrücklich das Vertrauensvotum. Groener, der heilige Verteidiger des Panzerkreuzers, genießt das Vertrauen der rechten wie der „linken“ Sozialdemokraten. Das ist der Schlüsselpunkt unter einer strapaziösen Komödie.

## Wissell mit den Unternehmern schon einig

Düsseldorf, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Zu dem bisherigen Ergebnis der von dem Sozialdemokraten Bergmann eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der Eisenindustrie ist festzustellen, daß die Unternehmer an der Untergabe des Schiedsgerichtes festhalten. Sie sind lediglich bereit, für einzelne Gruppen geringe Lohnherabsetzungen zu bewilligen und eventuell auf dem Gebiet der Arbeitszeitregelung minimale Entgegenkommen zu zeigen. Der Reichsarbeitsminister Wissell hat bei seinem Besuch in Düsseldorf zu erkennen gegeben, daß er das Angebot der Unternehmer als

durchaus tragbare Verhandlungsbasis betrachtet.

Die Gewerkschaften haben sich bisher noch nicht entschließen können, endgültig auf die Angebote der Unternehmer einzugehen. Sie wollen erst noch das Urteil im Verwaltungsverfahren vor dem Arbeitsgericht abwarten, das eine formelle Klärung für ihren schändlichen Verrat geben soll. Die Parteien treten heute wieder gemeinsam zusammen.

Die Erregung der Kämpfenden über die Preisgabe ihrer Forderungen durch die reformistische Bureaukratie, die auch in der Arbeitszeitfrage den Unternehmern ungeheure Konzessionen machen will, ist außerordentlich groß.

## Um die 2. Rate

Der Vorwärts kündigt die Zustimmung der SPD-Minister zur zweiten Rate an

Berlin, 17. November. (Eigener Drahtbericht.)

Der „Vorwärts“ atmet über die Ablehnung seines Antrages gegen den Panzerkreuzer erleichtert auf: „Eines ist jedoch zuzugeben: Wäre gestern das Panzerschiff abgelehnt worden, so wäre daraus eine Situation entstanden, die von der ganzen ablehnenden Mehrheit eine gewisse Nervenkraft verlangt hätte. Ob sie vorhanden gewesen wäre? Dahinter kann man allerdings ein Fragezeichen stellen!“ Gegenüber der Feststellung der „Pazifischen Zeitung“, daß sich die sozialdemokratischen Minister und Fraktionsführer bei derzeitigen interfraktionellen Besprechungen verpflichtet haben, nach der Ablehnung des Antrages die Bewilligung der zweiten Panzerkreuzerrate als eine selbstverständliche Konsequenz zu betrachten, wußte der „Vorwärts“ nur zu erwidern: „In Wirklichkeit liegt die Sache freilich so, daß nach der nochmaligen Bewilligung des Panzerschiffes durch den Reichstag ein großer Kampf um die zweite Rate eine ausichtslose Sache wäre.“

Das heißt also praktisch, daß die SPD-Minister der zweiten Rate ihre Zustimmung erteilen und diese Haltung mit dem Hinweis entschuldigen werden, daß ja nun der Panzerkreuzer zum zweiten Male beschlossen sei, und die Durchführung dieses Beschlusses zu keiner Kabinettskrise führen dürfte.

## Die Bergarbeiter wählen eine Kampfleitung

Sterkrade, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Auch hier versammelten sich die Bergarbeiter der Schachtanlage Sterkrade, um ein Referat eines ihrer Gewerkschaftsführer entgegenzunehmen. Nach Abwicklung der Tagesordnung wurde die Versammlung von den Reformisten geschlossen, von den Oppositionellen jedoch sofort wieder eröffnet und fortgeführt. Man entschied sich fast einstimmig für die Ziele der Opposition und wählte sofort eine dreiköpfige Kampfleitung. Mit einer begeisterten Solidaritätskundgebung für die ausgesperrten Metallarbeiter schloß die Veranstaltung.

## Um die Forderungen der Kampfleitung

Dortmund, 17. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem gestern die Delegation der Kampfleitungen keine der maßgebenden Verionen der Stadtverwaltung antreffen konnte, begab sich die Delegation gestern morgen erneut nach der Stadtverwaltung, um dort die Forderungen der ausgesperrten zu vertreten. Sie luden den sozialdemokratischen Wohlfahrtsdezernenten auf, der zunächst die Delegation nicht empfangen wollte und keinerlei Zusicherungen gab. Bei Delegation wird in 2 Sammlungen Bericht erstatten und die ausgesperrten Metallarbeiter dann über weitere Maßnahmen beraten.